

der Volkspolizei bei der Internierung von Ausländern aus Feindstaaten, die Planung und Beschaffung notwendiger materieller Reserven nach Normativen, der Bau und die Unterhaltung einer Ausweichführungsstelle und schließlich Maßnahmen zur Unterstützung der Besetzung Westberlins im Falle einer Aggression gegen die DDR. In Vorbereitung auf einen Verteidigungszustand nahm ich an zentralen und bezirklichen Übungen und Schulungen teil.

### **System offizieller Arbeitskontakte**

Zur Gewährleistung der mir übertragenen Verantwortung unterhielt ich in Berlin zahlreiche offizielle Arbeitskontakte. Laufend gab es mit dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Beratungen. Wichtige Informationen gab ich ihm persönlich. Häufig bekam ich von ihm Aufträge zur Untersuchung dieser oder jenen negativen Erscheinung.

Eine kollegiale Zusammenarbeit verband mich auch mit dem Oberbürgermeister, mit verschiedenen Stadträten, dem Präsidenten der Volkspolizei, dem Generalstaatsanwalt von Berlin, dem Direktor des Stadtgerichts, dem Leiter des Zolls, dem Chef des Wehrbezirkskommandos, mit Kombinatdirektoren und Leitern anderer Einrichtungen. Dabei ging es nicht etwa um Einmischung in die Verantwortung dieser Leiter, sondern um gegenseitige Hilfe und Unterstützung.

Periodisch fanden entsprechend einer zentralen Weisung sogenannte Leiterberatungen unter Führung des Generalstaatsanwaltes von Berlin statt. Teilnehmer waren der stellvertretende Oberbürgermeister für Inneres und sein Abteilungsleiter, der Direktor des Stadtgerichts und sein Stellvertreter, der Stellvertreter des Generalstaatsanwaltes von Berlin, der Präsident der VP, sein Stellvertreter und der Leiter der Kriminalpolizei, der Leiter der BV und der Leiter der Untersuchungsabteilung der BV, der Leiter des Zolls sowie die Leiter der Abteilungen Sicherheitsfragen und Staat und Recht der SED-Bezirksleitung.

Die Sitzungen verliefen nach Arbeitsplan. Hier wurden z.B. die Kriminalitätsentwicklung in Berlin eingeschätzt, Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalitätsschwerpunkten besprochen und die Zusammenarbeit abgestimmt. Speziell zur Notwendigkeit der Einhaltung der Gesetze wurde nicht mit Kritik gespart. Die Palette der Themen umfaßte die Verbesserung der Kriminalitätsaufklärungsrate, die Haftbefehlspraxis, die Beschleunigung der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren mit Haft, die stärkere Einbeziehung gesellschaftlicher Organe der Rechtspflege (Schiedskommissionen, Konfliktkommissionen, gesellschaftliche Ankläger und Verteidiger), die Vorbeugungsarbeit durch die Abteilungen Inneres sowie die Betreuung